



LANDKREIS
WITTENBERG

A. Bewerbungsbedingungen

Vergabeverfahren

*Erbringung von abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen
für den Landkreis Wittenberg*

Vergabenummer O 95/25 L

A. Bewerbungsbedingungen

1. Allgemeines

1.1 Bezeichnung der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle und der den Zuschlag erteilenden Stelle

Auftraggeber (AG) / Vergabestelle:

Landkreis Wittenberg
Fachdienst Bauordnung / Vergabestelle
Breitscheidstraße 4
06886 Lutherstadt Wittenberg

Ansprechpartner: Abteilungsleiter Abfallwirtschaft
 Herr Bremisch
 E-Mail: tim.bremisch@landkreis-wittenberg.de
 Tel.: +49 3491 806-2970

1.2 Informationen nach § 11 Abs. 3 VgV, Kommunikation

Die Informationen nach § 11 Abs. 3 VgV finden sich in **Anlage 1**.

Die gesamte Bieterkommunikation im Vergabeverfahren erfolgt ausschließlich über das vom Auftraggeber für diese Ausschreibung genutzte E-Vergabeportal evergabe.de. Anleitungen zu dessen Benutzung sind dort zu finden. Alle Nachrichten der Vergabestelle (neben den Antworten auf Bieterfragen und Änderungen der Unterlagen auch z.B. Nachforderungen, die Vorinformationen nach § 134 GWB, die Information über die Nichtberücksichtigung von Angeboten) werden elektronisch über das Vergabeportal übermittelt.

Um die rechtzeitige Kenntnisnahme von neuen Informationen im Vergabeverfahren rechtzeitig sicherzustellen, hat der Bieter die Obliegenheit, sich während des laufenden Vergabeverfahrens jeden Tag (von montags bis freitags, außer an Feiertagen) auf dem Portal anzumelden und dort seinen Posteingang zu prüfen. Auf den Erhalt automatisierter Benachrichtigungs-E-Mails allein darf er sich nicht verlassen.

Vom Auftraggeber über das E-Vergabeportal übermittelte Nachrichten und Dokumente gehen dem Bieter zu, wenn sie im Eingangsordner des Bieters zum Herunterladen bereitgestellt sind und unter Berücksichtigung der vorgenannten Obliegenheit mit einer Kenntnisnahme durch den Bieter gerechnet werden kann.

1.3 Verfahrensart

Es findet ein Offenes Verfahren gem. § 15 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) statt.

2. Leistungsgegenstand

Gegenstand der Leistung ist die Erbringung von abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen für den Landkreis Wittenberg in 6 Fach- bzw. Gebietslosen nach näherer Maßgabe der Leistungsbeschreibung.

2.1 Art und Umfang der Leistung

Der Leistungsumfang, der Leistungsort sowie der Leistungszeitraum der einzelnen Leistungen und Lose sind in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst:

Los Nr.	Leistung	Leistungszeitraum	Verlängerungsoption	Leistungsort
1	Sammlung und Beförderung von Abfällen (Restabfall, Sperrmüll, Bioabfall und Papier, Pappe und Kartonagen (PPK))	01.07.2026 bis 30.06.2033	Automatische Verlängerung um jeweils 4 Jahre, längstens bis zum 30.06.2045, wenn er nicht 3 Jahre vor dem jeweiligen Vertragsablauf vom AG oder vom AN gekündigt wird.	Landkreis Wittenberg
2	Übernahme und Verwertung von Bioabfall aus der Biotonne	01.07.2026 bis 30.06.2031	Automatische Verlängerung um jeweils 2 Jahre, längstens bis zum 30.06.2045, wenn er nicht 2 Jahre vor dem jeweiligen Vertragsablauf vom AG oder vom AN gekündigt wird.	die Durchführung der Verwertungsleistung ist örtlich nicht beschränkt
3A	Bereitstellung und Betrieb von Annahmestellen für die Einzugsbereiche Lutherstadt Wittenberg, Coswig (Anhalt) und Jessen (Elster) und Transport bzw. Verwertung der angenommenen Abfälle	01.07.2026 bis 30.06.2033	siehe Los 1	Landkreis Wittenberg, die Durchführung der Verwertungsleistungen ist örtlich nicht beschränkt

Los Nr.	Leistung	Leistungszeitraum	Verlängerungsoption	Leistungsort
3B	Bereitstellung und Betrieb von Annahmestellen für den Einzugsbereich, Bad Schmeideberg und Gräfenhainichen und Transport bzw. Verwertung der angenommenen Abfälle	01.07.2026 bis 30.06.2033	siehe Los 1	Landkreis Wittenberg, die Durchführung der Verwertungsleistungen ist örtlich nicht beschränkt
4	Sammlung, Beförderung und Entsorgung von gefährlichen Abfällen	01.07.2026 bis 30.06.2031	siehe Los 2	Sammlung im Landkreis Wittenberg, die Durchführung der Entsorgungsleistung ist örtlich nicht beschränkt
5	Transport und Verwertung von Papier, Pappe und Kartonnagen	01.07.2026 bis 30.06.2031	siehe Los 2	die Durchführung der Verwertungsleistung ist örtlich nicht beschränkt

2.2 Unterteilung in Lose

Die Leistung wird in die in Ziff. 2.1 genannten Lose eingeteilt. Angebote sind für einzelne und mehrere Lose zulässig. Für jedes angebotene Los ist das Leistungsverzeichnis auszufüllen.

Im Angebotsschreiben ist anzugeben, auf welche/s Los/e sich das Angebot bezieht.

2.3 Ort der Leistungserbringung

Der jeweilige Ort der Leistungserbringung ergibt sich aus der Tabelle unter Ziff. 2.1.

3. Leistungszeitraum

Der Leistungszeitraum beginnt für alle Lose am 01.07.2026 und endet für die Lose 1, 3A, und 3B am 30.06.2033. Der Leistungszeitraum für die Lose 2, 4 und 5 endet am 30.06.2031. Für die Lose 1 und 3A und 3B erfolgt eine Verlängerung der Vertragslaufzeit um jeweils 48 Monate, wenn der Vertrag nicht 36 Monate vor Ablauf des jeweiligen Leistungszeitraums durch den AG oder den AN gekündigt wird. Für die Lose 2, 4 und 5 erfolgt eine Verlängerung der Vertragslaufzeit um jeweils 24 Monate, wenn der Vertrag nicht 24 Monate vor Ablauf des jeweiligen Leistungszeitraums durch den AG oder den AN gekündigt wird.

4. Vergabe- und Vertragsunterlagen

Die Vergabeunterlagen sind wie folgt gegliedert:

- Teil A: Bewerbungsbedingungen
- Teil B: Angebotsschreiben
- Teil C: Anlagen zum Angebotsschreiben
- Teil D: Leistungsbeschreibung
- Teil E: Erläuterung der Vorgehensweise zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes
- Teil F: Besondere Vertragsbedingungen

Die Vergabeunterlagen stehen unter der in der Bekanntmachung näher spezifizierten Internetadresse auf dem E-Vergabeportal www.evergabe.de zum Download frei zur Verfügung. Nach § 9 Abs. 3 VgV müssen Vorinformation, Auftragsbekanntmachung und Vergabeunterlagen jedem Interessierten ohne Registrierung zugänglich sein. Eine freiwillige Registrierung ist jedoch zulässig.

Etwaige Bieterinformationen mit Erläuterungen oder Änderungen an den Vergabeunterlagen wird der Auftraggeber ausschließlich elektronisch auf dem o.g. E-Vergabeportal bereitstellen. Unternehmen müssen sich selbständig informieren (Holschuld unter der in der Bekanntmachung angegebenen Stelle).

5. Vertragsbedingungen und Zahlungsbedingungen

Die Vergabeunterlagen enthalten Vertragsbedingungen im Sinne von § 29 VgV. Dort und in der Leistungsbeschreibung sind u.a. die Zahlungsbedingungen geregelt.

Die nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt (TVergG LSA) geforderten Erklärungen zu Mindestentlohnung, Zahlung gleichen Entgelts und Nachunternehmer-Einsatz sind den Anlagen zum Angebotsschreiben (Teil C. der Vergabeunterlagen) beigelegt (Formblatt C-2.12). Sie sind auf Verlangen des AG von dem Bieter, dem der Zuschlag erteilt werden soll (Bestbieter), innerhalb einer nach Tagen bestimmten Frist (3-5 Werktage) vorzulegen. Bei nicht fristgerechter Vorlage ist das Angebot von der Wertung auszuschließen.

6. Unklarheiten, Aufklärung

Die Interessenten haben sich unmittelbar nach Abruf der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Sind die Unterlagen unvollständig oder enthalten sie nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter den Auftraggeber vor der Angebotsabgabe unverzüglich über das vom AG genutzte E-Vergabeportal www.evergabe.de darauf hinzuweisen.

Alle Hinweise und sonstige Nachfragen sind ausschließlich über das E-Vergabeportal an die Vergabestelle zu richten.

Antworten der Vergabestelle auf Bieterfragen werden allen Bietern – soweit zweckdienlich in Form von Bieterinformationen - zur Verfügung gestellt, die unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt von allen Unternehmen im für dieses Verfahren eingerichteten Bereich der Vergabeportals bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens abgerufen werden können.

Bieteranfragen müssen vom Bieter bis spätestens 7 Werktage vor Ablauf der Angebotsfrist gestellt werden, sodass der Vergabestelle eine Beantwortung bzw. Bereitstellung der Informationen noch rechtzeitig möglich ist. Vom Bieter ist für die Rechtzeitigkeit seiner Anfrage auch zu berücksichtigen, dass dem Auftraggeber selbst nach Eingang seiner Anfrage noch ausreichend Zeit zur inhaltlichen Bearbeitung und zur technischen Bereitstellung verbleiben muss. Auch vor diesem Hintergrund wird im allseitigen Interesse dringend empfohlen, sich möglichst frühzeitig mit dem Inhalt der Vergabeunterlagen zu befassen, um gegebenenfalls möglichst frühzeitig eventuelle Bieteranfragen abzusetzen.

7. Angebote

7.1 Allgemeines

Das Angebot muss vor Ablauf der Angebotsfrist (siehe Ziffer 7.2) elektronisch eingegangen sein.

Für das Angebot ist das Formular „Angebotsschreiben“ zu verwenden. Dem Formular sind sämtliche in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen mit dem Angebot geforderten Unterlagen (insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise) beizufügen.

HINWEIS: In den auf der Vergabeplattform veröffentlichten Vergabeunterlagen sind ein von dieser Plattform automatisch erstelltes Leistungsverzeichnis sowie ein Angebotsschreiben enthalten, die formulartechnisch nicht abgewählt werden können und deshalb in den veröffentlichten Unterlagen erscheinen.

Gleichwohl sind vom Bieter in diesem Leistungsverzeichnis oder in der automatischen Vergabeunterstützung eingetragene Preise nicht relevant für die Prüfung und Wertung der Angebote. Gleiches gilt für Eintragungen in dem automatisch bereitgestellten Angebotschreiben.

Einzig herangezogen werden die Angaben der Bieter in den entsprechenden Formblättern der Teile B und C der Vergabeunterlagen sowie in eigener Anlage vom Bieter zusätzlich eingereichten Unterlagen.

Um den Prozess der elektronischen Angebotsabgabe erfolgreich abschließen zu können, ist je Position im elektronisch angebotenen Leistungsverzeichnis ein Wert einzutragen (wir empfehlen die Zahl 0,01 EUR). Diese Eintragungen haben keine Auswirkung auf die Gültigkeit/ Vollständigkeit der Angebotseinreichung im Übrigen.

In das automatisch erstellte Angebotsschreiben sind ebenfalls Eintragungen zu machen (wir empfehlen eine Streichung der Textfelder durch „xxx“ und eine Eintragung von 0,01 EUR in Felder für Preisangaben). Auch diese Eintragungen haben keine Auswirkung auf die Gültigkeit/ Vollständigkeit der Angebotseinreichung im Übrigen.

7.2 Angebotsfrist

Termin für die Abgabe der Angebote:

30.09.2025, 11:00 Uhr

7.3 Sprache

Das Angebot (Angebotsanschreiben, Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Unterlagen) und sämtlicher Schriftverkehr sind in deutscher Sprache abzufassen bzw. zu übermitteln.

7.4 Änderungen am Angebot

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen seines Angebotes durch den Bieter sind vor Ablauf der Angebotsfrist in gleicher Form wie das Angebot einzureichen.

7.5 Änderungen an den Vergabeunterlagen

Änderungen und Ergänzungen an den Inhalten der Vergabeunterlagen sind unzulässig. Abweichungen des Angebotes von den Vergabeunterlagen haben nach § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV den Ausschluss des Angebotes zur Folge.

7.6 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

7.7 Preise

Alle Angebotspreise sind netto in Euro (€), Bruchteile hiervon in vollen Cent anzugeben. Die für die Eintragung der Preise vorgesehenen Felder im Leistungsverzeichnis sind vollständig auszufüllen.

Hinsichtlich der Möglichkeiten einer Preisanpassung wird auf die Regelungen in der Leistungsbeschreibung (Teil D der Vergabeunterlagen) verwiesen.

7.8 Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind zugelassen, soweit sie wettbewerbsrechtlich zulässig sind.

Bietergemeinschaften haben ein Verzeichnis über die Mitglieder der Bietergemeinschaft mit Benennung des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft sowie eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung zu übergeben, aus der hervorgeht, dass der bevollmächtigte Vertreter der Bietergemeinschaft, der die im Verzeichnis aufgeführten Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, berechtigt ist, für die Mitglieder der Bietergemeinschaft Zahlungen entgegenzunehmen und dass alle Mitglieder der Bietergemeinschaft als Gesamtschuldner haften.

Ein entsprechendes Formblatt (C-2.4) ist dem Angebotsschreiben beigelegt, das grundsätzlich mit dem Angebot der Bietergemeinschaft ausgefüllt und unterschrieben einzureichen ist, falls der Bieter nicht ein eigenes Formular gleichen Inhalts verwendet.

Bei Bietergemeinschaften sind die entsprechenden Erklärungen und Nachweise nach folgender Maßgabe vorzulegen: Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB muss für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft vollständig belegt sein. Die Leistungsfähigkeit und Fachkunde muss für die Bietergemeinschaft insgesamt nachgewiesen werden, d. h. hier werden die vorgelegten Nachweise der einzelnen Mitglieder in der Summe bewertet.

Die Bietergemeinschaften dürfen ihre Mitgliederzusammensetzung nur vor Ablauf der Angebotsfrist im Wege der Rücknahme des Angebots und der Einreichung eines neuen Angebots der neu zusammengesetzten Bietergemeinschaft ändern.

7.9 Unterauftragnehmer

Unterbeauftragungen sind nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen zulässig, soweit sie wettbewerbsrechtlich zulässig sind. Lieferanten gelten nicht als Unterauftragnehmer.

Der Bieter hat im Angebot anzugeben, ob und gegebenenfalls für welche Leistungsbereiche er beabsichtigt, Unterauftragnehmer einzusetzen. Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern, die in die engere Wahl kommen, die Benennung der Unterauftragnehmer, die unter Ziff. 7.10.1 Nr. VIII genannten Nachweise über die Eignung und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie die nach TVergG LSA geforderten Erklärungen auch des Unterauftragnehmers und eine verbindliche Erklärung der/des Unterauftragnehmer/s, dass dieser für den Fall des Zuschlags die vorgesehenen Leistungen erbringen wird, zu fordern.

Für Unterauftragnehmer für die Leistungen der Verwertung des PPK sind allein die Angaben in Formblatt C-5-C in der Anlage zum Angebots Scheibens (Teil C der Vergabeunterlagen) vorzulegen.

Der mögliche Austausch von Unterauftragnehmern ist in den Besonderen Vertragsbedingungen geregelt.

7.10 Mit dem Angebot vorzulegende Nachweise und Erklärungen

Das Angebot ist bis zum Ablauf der Angebotsfrist samt geforderter Erklärungen und Nachweise elektronisch zu übermitteln.

Für die Nachforderung von Unterlagen gilt § 56 VgV. Da die Nachforderung im Ermessen der Vergabestelle liegt und nicht uneingeschränkt für alle Unterlagen zulässig ist, liegt es im Eigeninteresse des Bieters, von vornherein vollständige Unterlagen einzureichen.

7.10.1 Liste der einzureichenden Unterlagen

Nachfolgend werden die einzureichenden Unterlagen abschließend aufgelistet. Aufgeführt ist die Bezeichnung der geforderten Unterlagen, die Art der geforderten Vorlage und der Zeitpunkt der Übermittlung.

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
I	Angebotsschreiben	Formblatt (Teil B)	mit dem Angebot
II a	Leistungsverzeichnis	Formblatt (Teil C.1)	mit dem Angebot
II b	Urkalkulation	in ZIP-Datei mit Passwortschutz	mit dem Angebot
III	Mit dem Angebot vorzulegende Eigenerklärungen des Bieters zur Eignung gem. § 122 GWB (im Angebotsschreiben enthalten)		
III a	Eigenerklärung des Bieters, dass er während der gesamten Vertragslaufzeit über ausreichende Kapazitäten zur Erbringung der in der Leistungsbeschreibung beschriebenen Leistungen verfügen wird	Eigenerklärung im Angebotschreiben (Teil B)	mit dem Angebot
III b	Eigenerklärung des Bieters zu zwingenden Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB sowie nach Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) und Mindestlohngesetz (MiLoG) sowie Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG);	Eigenerklärung im Angebotschreiben (Teil B)	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
III c	Eigenerklärung des Bieters zu fakultativen Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB;	Eigenerklärung im Angebots-schreiben (Teil B)	mit dem Angebot
III d	Eigenerklärung des Bieters, dass er die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung erfüllt hat	Eigenerklärung im Angebots-schreiben (Teil B)	mit dem Angebot
III e	Soweit der Eignungsnachweis über eine Präqualifizierung erfolgen soll: Angaben über die Eintragung in ein zertifiziertes Präqualifizierungsverzeichnis gem. § 48 Abs. 8 VgV (z. B. Amtliches Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen (AVPQ)) und Zugangscode zum Abruf	Eigenerklärung im Angebots-schreiben (Teil B)	mit dem Angebot
III f	Eigenerklärung des Bieters, dass die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfüllt sind	ggf. Angabe im Angebots-schreiben (Teil B)	ggf. mit dem Angebot
III g	Eigenerklärung des Bieters, dass er in Bezug auf die Vergabe keine unzulässigen wettbewerbsbeschränkenden Abreden mit Dritten getroffen hat	Eigenerklärung im Angebots-schreiben (Teil B)	mit dem Angebot
III h	Erklärung des Bieters, zum Leistungsbeginn eine Betriebs- und Umwelthaftpflichtversicherung mit den in den Besonderen Vertragsbedingungen genannten Deckungssummen vorzuhalten	Eigenerklärung im Angebots-schreiben (Teil B)	mit dem Angebot
IV	Mit dem Angebot vorzulegende sonstige Unterlagen, u.a. zu Rechtsform, zu Befähigung zur Berufsausübung		
IV a	Verzeichnis der weiteren eingereichten Unterlagen	Formblatt C-2.1	mit dem Angebot
IV b	Erklärung des Bieters zur Übersicht über den Bieter (Einzelbewerber oder Bietergemeinschaft, ggf. Mitglieder der Bietergemeinschaft)	Formblatt C-2.2	mit dem Angebot
IV c	Angaben zur Rechtsform des Bieters	Formblatt C-2.3	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
IV d	ggf. Erklärung der Bietergemeinschaft	Formblatt C-2.4	ggf. mit dem Angebot
IV e	ggf. Verpflichtungserklärungen anderer Unternehmen	Formblatt C-2.7	ggf. mit dem Angebot
IV f	aktueller Auszug aus dem Handelsregister, nicht älter als 12 Monate	Nachweis	mit dem Angebot
V	Mit dem Angebot vorzulegende sonstige Unterlagen zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gem. § 122 GWB, § 45 VgV		
V a	Erklärung über den Gesamtumsatz des Bieters sowie je angebotenen Los über dessen Umsatz bezüglich der ausgeschriebenen Leistungen (wie unter VI a beschrieben) und Erklärung über die Bilanzsumme, jeweils in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren	Formblatt C-2.3	mit dem Angebot
V b	Bereitschaftserklärung zur Übernahme einer Bürgschaft nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen (Teil F der Vergabeunterlagen)	Formblatt C-2.5	mit dem Angebot
V c	Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung in beliebiger Höhe	Nachweis	mit dem Angebot
VI	Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen des Bieters zur Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (§ 122 GWB, § 46 VgV)		
VI a	Auflistung von Referenzaufträgen der letzten drei Jahre für die Erbringung vergleichbarer Dienstleistungen wie folgt: <ul style="list-style-type: none"> - im Auftrag einer Kommune, einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder eines Zweckverbandes bzw. einer Anstalt öffentlichen Rechts oder vergleichbaren Rechtsträgern und - nur für Los 1: behältergestützte Sammlung von Abfällen unter Einsatz eines Abfallbehälteridentifikationssystems, 	Formblatt C-2.6 und für Los 1 Formblatt C-2.11	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
	<p>eingesetzt zur Gebührenerhebung, als Vertragsgegenstand, sowie Sammlung und Beförderung von Sperrmüll auf Abruf,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Los 2: Übernahme und Verwertung von Bioabfall - Lose 3 A, B: Betrieb von Abfallannahmestellen für private oder gewerbliche Anlieferer - Los 4: mobile Sammlung und Beförderung von gefährlichen Abfällen - Los 5: Koordination der Verwertung von PPK oder Verwertung von PPK <p>mit Benennung von durchgeführter Dienstleistung, Durchführungszeitraum der Dienstleistung, Bezeichnung des Auftraggebers (auf Verlangen: Ansprechpartner inkl. dessen Telefonnummer), Leistungsumfang (Los 1 und 4: Anzahl der Einwohner im Entsorgungsgebiet; Los 1: Anzahl der mit Identsystem ausgerüsteten Sammelfahrzeuge und Behälter; Lose 2, 3 und 5: Leistungsmenge). Weitere Informationen zum erfolgten Einsatz von Identsystemkomponenten (Los 1) sind in das Formblatt C-2.11 einzutragen (Einsatzzeitraum, Anzahl der identifizierten Schüttungen, Lieferant der eingesetzten Identsystem-Fahrzeugausrüstung, Anzahl und Typ der mit Identsystem ausgerüsteten Fahrzeuge und Anzahl, Bauform und Lieferant der eingesetzten Identifikationschips) Hinsichtlich der Mindestanforderung je Los wird auf Ziffer 7.10.2 dieser Bewerbungsbedingungen verwiesen.</p>		
VI b	<p>Nachweis der Zertifizierung als Entsorgungsbetrieb oder Nachweis der gleichwertigen Qualifikation für die spezifischen Leistungen je Los (für Los 3 reicht Anzeige nach § 53 KrWG). Hierzu wird auf Ziffer 7.10.3 dieser Bewerbungsbedingungen verwiesen.</p>	Formblatt C-2.8 und Nachweis	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
VI c	<p>Allgemeine Angaben zur fachlichen und technischen Beurteilung des Bieters:</p> <p>b. Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens sowie Beschreibung der Maßnahmen des Unternehmens zur Gewährleistung der Qualität,</p> <p>c. Benennung der vorgesehenen Ansprechpartner für den AG und Darstellung der Qualifikation</p> <p>d. Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind.</p>	<p>Nachweis C.3.0.1 lit. b) bis d)</p>	<p>mit dem Angebot</p>
VI d	<p>Erklärung über die Zahl der Beschäftigten der letzten drei Jahre (jeweils Jahresdurchschnitt)</p>	<p>Formblatt C-2.3</p>	<p>mit dem Angebot</p>
VII	Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen zur Durchführung der Leistungen		
	Unterlagen zu allen Losen:		
VII a	<p>Überblickhafte Darstellung des Gesamtkonzeptes über alle angebotenen Lose unter Bezeichnung der Betriebsstätten und Betriebsstandorte, von denen aus die Leistungen erbracht werden sollen, und Darstellung der Verfügbarkeit der Betriebsstätten zum Leistungsbeginn</p>	<p>Nachweis C.3.0.1 lit. a)</p>	<p>mit dem Angebot</p>
	Unterlagen zu Los 1:		
VII ba	<p>Darstellung des Logistikkonzeptes zur Erbringung der Leistungen des Loses 1 und Darstellung des Reservehaltungs- und Instandhaltungskonzeptes.</p>	<p>Nachweis C.3.1.0</p>	<p>mit dem Angebot</p>
VII bb	<p>Teilleistung 1, behältergestützte Abfallsammlung: Angaben zur Anzahl der erforderlichen Fahrzeuge sowie technische und kalkulatorische Angaben zu den Fahrzeugen und Aufbauten, die zur Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlich sind</p>	<p>Formblatt C-A</p>	<p>mit dem Angebot</p>

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
VII bc	Teilleistung 1, behältergestützte Abfallsammlung: Angaben zu Anzahl und Tätigkeitsbereich der für die Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlichen Mitarbeiter	Formblatt C-B	mit dem Angebot
VII bd	Teilleistung 2, Sammlung sperrige Abfälle auf Abruf: Angaben zur Anzahl der erforderlichen Fahrzeuge sowie technische und kalkulatorische Angaben zu den Fahrzeugen und Aufbauten, die zur Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlich sind	Formblatt C-A	mit dem Angebot
VII be	Teilleistung 2, Sammlung sperrige Abfälle auf Abruf: Angaben zu Anzahl und Tätigkeitsbereich der für die Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlichen Mitarbeiter	Formblatt C-B	mit dem Angebot
VII bf	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der im Formblatt C-A je Teilleistung aufgeführten Fahrzeuge durch Eigenerklärung.	Nachweis C.3.1.1	mit dem Angebot
VII bg	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der im Formblatt C-B je Teilleistung aufgeführten Mitarbeiter durch Eigenerklärung.	Nachweis C.3.1.2	mit dem Angebot
VII bh	Erläuterung der vorgesehenen Umsetzung der Anforderungen der Leistungsbeschreibung zu folgenden Aspekten: a) Umsetzung der Behältererststellung für Restabfall, Bioabfall und PPK mit Darstellung der vorgesehenen Abfallbehälterfabrikate und Klassifizierung des Behälteralters b) Darstellung des vorgesehenen Standortes für das Behälterlager für den Behälterdienst Restabfall, Bioabfall und PPK innerhalb der Grenzen des Landkreises Wittenberg c) Ausrüstung der erforderlichen Fahrzeuge für den Betrieb eines Behälteridentifikationssystems	Nachweis C.3.1.3	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
	<p>d) Beschreibung der vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherstellung der Abfuhr auch bei schwierigen winterlichen Betriebsverhältnissen</p> <p>e) Beschreibung der vorgesehenen organisatorischen Vorkehrungen zur Reaktion auf unvorhergesehene Ereignisse im Zuge der Leistungserbringung und Nachweis der Erreichbarkeit eines jeden Ortes des Entsorgungsgebietes innerhalb von 90 Minuten bezogen auf die Fahrzeit von einem Betriebsstandort aus oder gleichwertiger Nachweis der Verfügbarkeit eines Ersatzfahrzeuges an jedem Ort des Entsorgungsgebietes innerhalb von 90 Minuten Fahrzeit. Die maßgeblichen Fahrzeiten zu repräsentativen Orten innerhalb des jeweiligen Entsorgungsgebietes von den vorgesehenen Betriebsstandorten bzw. Fahrzeugabstellpunkten / von dem vorgesehenen Betriebsstandort bzw. Fahrzeugabstellpunkt sind im Formblatt C-1-C anzugeben.</p>		
VII bi	Angaben zum vorgesehenen Betriebsstandort/ Fahrzeugeinsatzpunkt	Formblatt C-1-C	mit dem Angebot
VII bj	Übersichts-Zeitplan zur Behältererstgestellung und Migration des Abfallbehälteridentifikationssystems	Nachweis C.3.1.4	mit dem Angebot
VII bk	Eigenerklärung des Behälterherstellers zur Übereinstimmung der angebotenen neu zu beschaffenden Abfallbehälter mit den Anforderungen der Vergabeunterlagen	Nachweis C.3.1.5	mit dem Angebot
VII bl	Eigenerklärung des Bieters, dass ggf. zum Einsatz kommende Gebrauchtbehälter für Restabfall, Bioabfall und PPK den Anforderungen der Vergabeunterlagen entsprechen	Nachweis C.3.1.6	mit dem Angebot
VII bm	Eigenerklärung des Herstellers des Identifikationssystems zur Übereinstimmung der	Nachweis C.3.1.7	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
	angebotenen Identsystemkomponenten mit den Anforderungen der Vergabeunterlagen		
VII bn	Darstellung des vorgesehenen Standortes zur Übergabe von PPK, Benennung des Standortes der in diesem Zusammenhang zu nutzenden Fahrzeugwaage sowie Nachweise der Verfügbarkeit des Standortes und der Fahrzeugwaage zum Leistungsbeginn. Detaillierte Angaben zur vorgesehenen Übergabestelle sind in Formblatt C-1-D zu machen.	Nachweis C.3.1.8	mit dem Angebot
VII bo	Anlagenkennblatt der vorgesehenen Übergabestelle zur Lagerung und Bereitstellung von PPK	Formblatt C-1-D	mit dem Angebot
VII bp	Erläuterung der vorgesehenen Umsetzung der Anforderung der Ziffer D.0.5.6 der Leistungsbeschreibung in Bezug auf die Umsetzung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes (Saubere-Fahrzeuge-BeschG), wonach der AN einen bestimmten Anteil der Leistung, gemessen in Fahrzeugeinsatztagen, mit Fahrzeugen zu erbringen hat, die den Vorgaben des Saubere-Fahrzeuge-BeschG entsprechen. Der Anteil 15 % der Leistung, gemessen in Fahrzeugeinsatztagen.	Nachweis C.3.1.9	mit dem Angebot
VII bq	Anlagenkennblatt der vorgesehenen Anlage(n) für die Verwertung der durch den AN zu verwertenden Weihnachtsbäume aus der Straßensammlung	Formblatt C-1-E	mit dem Angebot
Unterlagen zu Los 2:			
VII ca	Beschreibung des Gesamtkonzeptes der Leistungserbringung unter Benennung folgender Aspekte: a) Beschreibung des vorgesehenen Verwertungs- bzw. Logistikkonzeptes für die zu übernehmenden Abfälle. Bei mehrstufigen Verwertungskonzepten ist jede vorgesehene Stufe des Verwertungs- und Logistikkonzeptes zu beschreiben. b) Erläuterung der Einhaltung der Anforderungen der TA Luft ab dem 01.12.2026	Nachweis C.3.2.1	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
	<p>c) Ausdruck eines Luftbildes (google-maps o.ä.) des Standortes der vorgesehenen Übernahmestelle und Kennzeichnung des Standortes der Waage bzw. des Zufahrtstors, wenn keine Waage vorhanden ist. Sofern ein abweichender Standort der Waage benannt wird (z.B. auf einem anderen Betriebsteil oder bei einem Partnerunternehmen) so ist auch ein Luftbild des Standortes der zu nutzenden Waage mit Kennzeichnung der Waage vorzulegen.</p>		
VII cb	<p>Anlagenkennblätter der vorgesehenen Verwertungsanlage(n)/ für die Übernahme vorgesehenen Umschlaganlage</p>	<p>Formblatt C-2-C</p>	<p>mit dem Angebot</p>
VII cc	<p>Darstellung der Verwertungsverfahren in den vorgesehenen Verwertungsanlagen</p>	<p>Formblatt C-2-D</p>	<p>mit dem Angebot</p>
<p>Unterlagen zu den Losen 3A und 3B und je Los:</p>			
VII da	<p>Beschreibung des Gesamtkonzeptes der Leistungserbringung je Los unter Benennung folgender Aspekte:</p> <p>a) Beschreibung der baulichen Struktur der vorgesehenen Annahmestelle und Darstellung der für die Leistungserbringung vorgesehenen Container, bzw. Abgabemöglichkeiten,</p> <p>b) Beschreibung des vorgesehenen Verwertungs- bzw. Logistikkonzeptes für die zu übernehmenden Abfälle. Bei mehrstufigen Verwertungskonzepten ist jede vorgesehene Stufe des Verwertungs- und Logistikkonzeptes zu beschreiben.,</p> <p>c) Ausdruck eines Luftbildes (google-maps o.ä.) des Standortes der vorgesehenen Annahmestelle und Kennzeichnung des Standortes der Waage bzw. des Zufahrtstors, wenn keine Waage vorhanden ist. Sofern ein abweichender Standort der Waage</p>	<p>Nachweis C.3.3.1</p>	<p>mit dem Angebot</p>

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
	benannt wird (z.B. auf einem anderen Betriebsteil oder bei einem Partnerunternehmen) so ist auch ein Luftbild des Standortes der zu nutzenden Waage mit Kennzeichnung der Waage vorzulegen.		
VII db	Angaben bezüglich Anzahl und Tätigkeitsbereich der für die Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlichen Mitarbeiter.	Formblatt C-B	mit dem Angebot
VII dc	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der in dem Formblatt C-B aufgeführten Mitarbeiter durch Eigenerklärung.	Nachweis C.3.3.2	mit dem Angebot
VII dd	Beschreibung des vorgesehenen Entsorgungskonzeptes für die Abfälle des Loses 3, deren Entsorgung /Verwertung dem Auftragnehmer obliegt, unter Benennung der ggf. eingesetzten Zwischenlager und Angabe der vorgesehenen Verwertungsanlagen. Detaillierte Angaben zu den vorgesehenen Verwertungsanlagen für Grünabfall und sperrigen Abfälle aus Holz sind in den Formblättern C-3-C und C-3-D zu machen.	Nachweis C.3.3.3	mit dem Angebot
VII de	Anlagenkennblatt der vorgesehenen Anlage für die Verwertung der sperrigen Abfälle aus Holz (Hol- und Bringsystem).	Formblatt C-3-C	mit dem Angebot
VII df	Anlagenkennblatt der vorgesehenen Anlage für die Verwertung der Grünabfälle	Formblatt C-3-D	mit dem Angebot
VII dg	Nachweis des gesicherten Zugriffs auf den angebotenen Standort / die angebotenen Standorte	Nachweis C.3.3.4	mit dem Angebot
Unterlagen zu Los 4:			
VII ea	Beschreibung des Detailkonzeptes der Leistungserbringung für Los 4 unter Benennung folgender Aspekte: a) Beschreibung der vorgesehenen organisatorischen Vorkehrungen zur Reaktion auf unvorhergesehene Ereignisse im Zuge der Leistungserbringung,	Nachweis C.3.4.1	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
	<p>b) Beschreibung der vorgesehenen mobilen Sammelstelle (textliche Beschreibung inkl. Foto oder Graphik),</p> <p>c) Darstellung der Verfügbarkeit geeigneten Fachpersonals im Sinne der Ziffer 5.1 und 5.2 der TRGS 520 zum Leistungsbeginn,</p> <p>d) Darstellung der vom AN vorgesehenen Änderungen der Lage der Einsatztage und der Einsatzzeitpunkte je Haltepunkt im Tourenplanvorschlag für das Jahr 2027, z.B. als Überarbeitung und farbliche Kennzeichnung im beigefügten Tourenplanmuster Ziffer D.7.9.1 bzw. beigefügter Exceldatei gleichen Inhalts.</p>		
VII eb	Angaben zur Anzahl der erforderlichen Fahrzeuge sowie technische und kalkulatorische Angaben zu den Fahrzeugen und Aufbauten, die zur Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlich sind.	Formblatt C-A	mit dem Angebot
VII ec	Angaben zu Anzahl und Tätigkeitsbereich der für die Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlichen Mitarbeiter.	Formblatt C-B	mit dem Angebot
VII ed	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der im Formblatt C-A je Teilleistung aufgeführten Fahrzeuge durch Eigenerklärung.	Nachweis C.3.4.2	mit dem Angebot
VII ee	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der im Formblatt C-B je Teilleistung aufgeführten Mitarbeiter durch Eigenerklärung.	Nachweis C.3.4.3	mit dem Angebot
VII ef	Beschreibung des vorgesehenen Entsorgungskonzeptes für die Abfälle des Loses 4 unter Benennung der ggf. eingesetzten Zwischenlager und Angabe der vorgesehenen Verwertungs-/Beseitigungsanlagen für die Endbehandlung der angenommenen gefährlichen Abfälle. Detaillierte Angaben zu den vorgesehenen Entsorgungsanlagen sind in Formblatt C-4-C zu machen.	Nachweis C.3.4.4	mit dem Angebot
VII eg	Benennung der vorgesehenen Entsorgungsanlage(n) für die Entsorgung der gefährlichen Abfälle.	Formblatt C-4-C	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
	Unterlagen zu Los 5:		
VII fa	Darstellung des Logistikkonzeptes zur Erbringung der Leistungen des Loses 5 und Darstellung des Reservehaltungskonzeptes.	Nachweis C.3.5.1	mit dem Angebot
VII fb	Angaben zur Anzahl der erforderlichen Fahrzeuge sowie technische und kalkulatorische Angaben zu den Fahrzeugen und Aufbauten, die zur Durchführung der Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung erforderlich sind.	Formblatt C-A	mit dem Angebot
VII fc	Nachweis der zu Leistungsbeginn gesicherten Verfügbarkeit der im Formblatt C-A je Teilleistung aufgeführten Fahrzeuge durch Eigenerklärung.	Nachweis C.3.5.2	mit dem Angebot
VII fd	Anlagenkennblatt der vorgesehenen Verwertungsanlage für die Verwertung von Papier, Pappe und Kartonagen.	Formblatt C-5-C	mit dem Angebot

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
VIII	Auf Verlangen des Auftraggebers zusätzlich vorzulegende Unterlagen		
VIII a	Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (nicht älter als 12 Monate; die Pflicht zur Vorlage gilt nicht, falls die für den Bieter zuständige Finanzbehörde solche Nachweise nicht erteilt, was vom Bieter ebenfalls zu belegen ist)	Nachweis	auf Verlangen des AG
VIII b	Nachweis über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenkasse, bei der die meisten Arbeitnehmer versichert sind – nicht älter als 12 Monate)	Nachweis	auf Verlangen des AG
VIII c	Aktueller (d. h. bei Vorlage noch gültiger) Nachweis der Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft	Nachweis	auf Verlangen des AG

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
VIII e	Genehmigungsunterlagen und Bereitschaftserklärungen der Anlagenbetreiber bezüglich der in Formblatt C-1-C, C-1-D, C-1-E, C-2-C, C-3-C, C-3-D, C-4-C und C-5-C benannten Entsorgungsanlagen sowie ggf. weitere anlagenbezogene Erklärungen und Nachweise zur Aufklärung der Angebotsinhalte.	Nachweis	auf Verlangen des AG

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
IX	Unterlagen zu Unterauftragnehmern		
IX a	Erklärung des Bieters zum Einsatz von Unterauftragnehmern	Formblatt C-2.9	mit dem Angebot
IX b	Eigenerklärung des Unterauftragnehmers (Benennung, Bereitschaftserklärung zur Leistungserbringung, Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen der zwingenden und fakultativen Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB, AEntG, MiLoG und SchwarzArbG, Erklärungen gemäß TVergG LSA)	Formblatt C-2.10	auf Verlangen des AG
IX c	Für Unterauftragnehmer sind auf Verlangen des AG die gleichen Nachweise und Erklärungen wie für den Hauptauftragnehmer vorzulegen.	Nachweise	auf Verlangen des AG
X	Weitere Bestandteile der Vergabeunterlagen		
X a	Leistungsbeschreibung	Teil D	
X b	Besondere Vertragsbedingungen	Teil F	
X c	Erklärungen nach Tariftreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt (TVergG LSA)	Formblatt C-2.12	auf Verlangen des AG
X d	Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (Russland-Sanktionen)	Formblatt in Teil C	auf Verlangen des AG

Nr.	Unterlage	Art der Vorlage	Zeitpunkt der Vorlage
X e	alle bis zum Ablauf der Angebotsfrist durch den Auftraggeber bereitgestellten Bieterinformationen		

**7.10.2 Mindestanforderungen an die Referenzaufträge gemäß
Ziffer 7.10.1 Nr. VI a**

zu Los Nr.	Vergleichbare Leistung	Mindestanzahl Referenzen	bereits absolvierter Vertragszeitraum	Mindestleistungsumfang
1	Behältergestützte Sammlung und Beförderung von Abfällen unter Einsatz eines Abfallbehälteridentifikationssystems, eingesetzt zur Gebührenerhebung, als Vertragsgegenstand, im öffentlichen Auftrag*	1	12 Monate	Entsorgungsgebiet mit mindestens 30.000 Einwohnern; Identsystem: Mindestanzahl von 2 Abfallsammelfahrzeugen und mehr als 50.000 identifizierten Schüttungen
1	Haushaltsnahe Sammlung von Sperrmüll (AVV 20 03 07) im öffentlichen Auftrag*	1	12 Monate	Entsorgungsgebiet mit mindestens 30.000 Einwohnern
2	Verwertung von Bioabfällen aus kommunaler Biotonnensammlung im öffentlichen Auftrag*	1	12 Monate	Verwertung von mindestens 1.000 Mg/a an Bioabfällen
3A, 3B	Betrieb einer Abfallannahmestelle für private oder gewerbliche Anlieferer im öffentlichen Auftrag*	1	12 Monate	angenommene Abfallmenge mindestens 200 Mg/a
4	Sammlung und Beförderung von gefährlichen Abfällen im öffentlichen Auftrag*	1	12 Monate	Entsorgungsgebiet mit mindestens 30.000 Einwohnern
5	Verwertung oder Koordination der Verwertung von PPK im öffentlichen Auftrag*	1	12 Monate	Verwertung von mindestens 1.000 Mg/a

* im Auftrag einer Kommune, einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder eines Zweckverbandes bzw. einer Anstalt öffentlichen Rechts oder vergleichbaren Rechtsträgern, auch im Unterauftrag erbrachte Leistungen sind als Referenz zulässig

7.10.3 Anforderungen an die Zertifizierung gemäß Ziffer 7.10.1 Nr. V b

zu Los Nr.	geforderte Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb nach § 57 KrWG i. V. m. Entsorgungsfachbetriebe-Verordnung (oder gleichwertige Nachweise)
1	<ul style="list-style-type: none"> Sammlung und Beförderung von gemischten Siedlungsabfällen (AVV 20 03 01)
2	<ul style="list-style-type: none"> Verwertung von Bioabfällen (AVV 20 01 08, AVV 20 02 01, AVV 20 03 01 – Abfälle aus der Biotonne, AVV 20 03 01 – getrennt erfasste Bioabfälle - oder AVV 20 03 99 – getrennt erfasste Bioabfälle)
3A, 3B	<ul style="list-style-type: none"> behördlich bestätigten Anzeige gemäß § 53 KrWG oder Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb für das Sammeln oder Befördern oder Transportieren von Abfällen bzw. nachvollziehbare Darstellung der Erlangung einer solchen behördlichen Bestätigung oder Zertifizierung bis zum Leistungsbeginn.
4	<ul style="list-style-type: none"> Sammlung und Beförderung von Farben, Druckfarben etc. (AVV 20 01 27*)
5	<ul style="list-style-type: none"> Beförderung von gemischten Siedlungsabfällen (AVV 20 03 01) oder Papier und Pappe (AVV 15 01 01 / 20 01 01) oder Handeln, Makeln, Lagern oder Verwerten von Papier und Pappe (AVV 15 01 01 / 20 01 01)
<p>Sofern der Bieter eine neue Betriebsstätte einrichten möchte, die noch nicht vom Zertifikat erfasst ist, hat er jeweils glaubhaft zu machen, dass auch diese die Voraussetzungen für eine Zertifizierung erfüllen wird.</p>	

7.10.4 Hinweise zu Unterschriften, zur Einreichung von Unterlagen und zur Eignungsleihe

Mit der elektronischen Abgabe des Angebotes in Textform nach § 126b BGB gelten das Angebot und alle damit eingereichten Erklärungen sowie Nachweise des Bieters als unterschrieben. Unterschriften und Firmenstempel des Bieters sind nicht notwendig. Bei Angeboten von Bietergemeinschaften muss das Angebot von dem bevollmächtigten Mitglied der Bietergemeinschaft in Textform nach § 126b BGB hochgeladen werden.

Erklärungen und Nachweise Dritter (auch der Mitglieder der Bietergemeinschaft auf dem zur Bevollmächtigung eines Mitgliedes vorgesehenen Formular) sind zu unterschreiben; hierzu können folgende Möglichkeiten genutzt werden:

- elektronisch eingereicht wird eine Datei der unterschriebenen und eingescannten Dritterklärung oder
- elektronisch eingereicht wird eine Datei der unterschriebenen und abfotografierten Dritterklärung oder
- elektronisch eingereicht wird eine Datei der gemäß § 126a BGB elektronisch signierten Dritterklärung.

In den Vergabeunterlagen sind folgende Dritterklärungen enthalten, die ggf. gemäß der o.g. Regelung von den Dritten unterschrieben einzureichen sind:

- Formblatt C-2.4: Erklärung der Bietergemeinschaft
- Formblatt C-2.7: Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- Formblatt C-2.10: Unterauftragnehmererklärung.

Für die in einem zertifizierten Präqualifizierungsverzeichnis gem. § 48 Abs. 8 VgV (z. B. Amtliches Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen (AVPQ)) enthaltenen und geprüften Nachweise wird nach Angabe der Zertifikatsnummer und des Zugangscodes auch die Eintragung des Bieters in das Präqualifizierungsverzeichnis akzeptiert, sofern die Nachweise dort auch enthalten sind. Für Referenzen gelten die in der Bekanntmachung genannten speziellen Mindestanforderungen.

Bieter aus anderen Mitgliedsstaaten der EU müssen jeweils vergleichbare Nachweise und Bescheinigungen nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ansässig sind, vorlegen und eine amtlich anerkannte Übersetzung beifügen.

Die Nachweise dürfen, sofern nichts anderes angegeben ist, nicht älter als zwölf Monate sein.

Bei Bietergemeinschaften sind die Nachweise für das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen; im Übrigen werden die Nachweise in Summe bewertet.

Ein Unternehmen kann sich, auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft, zum Nachweis der wirtschaftlichen/ finanziellen sowie technischen/ beruflichen Leistungsfähigkeit der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen (Eignungsleihe). Zum Nachweis, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel bei der Erfüllung des Auftrags zur Verfügung stehen, kann z. B. eine Verpflichtungserklärung zum Angebotsschreiben nach dem Muster im Angebotsschreiben (Formblatt C-2.7) oder ein anderer geeigneter Nachweis vorgelegt werden.

Im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung ist die Eignungsleihe gemäß § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV nur möglich, wenn das andere Unternehmen die Leistung erbringt, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Das erfordert nach der Rechtsprechung, dass es unmittelbar und persönlich an der Ausführung beteiligt ist.

Nimmt ein Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, haben der Bieter/ Auftragnehmer und das andere Unternehmen zu erklären, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften (§ 47 Abs. 3 VgV).

7.10.5 Urkalkulation (vergleiche Nr. 7.10.1 II b)

Der Bieter hat mit dem Angebot seine Urkalkulation für die Preisermittlung für das Leistungsentgelt in einer ZIP-Datei mit Passwortschutz zu übermitteln. Die Kostenermittlung

des Bieters muss mit Hilfe der Urkalkulation vollständig und zweifelsfrei nachvollziehbar sein.

Die Gliederung der Urkalkulation soll den Vorgaben des öffentlichen Preisrechts, insbesondere § 8 der VO PR-Nr. 30/53 i. V. m. LSP entsprechen. Der kalkulierte Gewinn ist separat auszuweisen. Die Ermittlung der Kosten (für Personal, Fahrzeuge, Entsorgung, Maschinenteknik und eingesetzte Energie, Einsatzstoffe und Betriebsmittel differenziert nach fixen und variablen Kosten) sowie ggf. Verwertungserlöse müssen anhand der Urkalkulation je Preisposition vollständig nachvollziehbar sein. Die Anzahl der für den Auftrag erforderlichen Vollzeitmitarbeiter und die kalkulierten Jahreslohnkosten, jeweils gegliedert nach Qualifikation der Mitarbeiter, sind in der Urkalkulation auszuweisen. Das Mengengerüst zur Ermittlung der Einzelpreise für logistische Leistungen auf Grundlage der kalkulierten Transportzeiten, Verladezeiten und Wartezeiten ist exakt darzustellen.

Die Urkalkulation wird nur im Bedarfsfall und nur nach vorheriger Information des Auftragnehmers bzw. Bieters geöffnet. Hierzu wird der AG im Vorfeld das Passwort für die bei Angebotsabgabe übermittelte ZIP-Datei abfordern. Nach Zuschlagserteilung hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Urkalkulation zusätzlich in Papierform in verschlossenem und gekennzeichnetem Umschlag zur Aufbewahrung während der Vertragslaufzeit zu übergeben.

Stellt sich bei einer etwaigen Öffnung der Urkalkulation im Rahmen der Angebotswertung oder während der Vertragslaufzeit heraus, dass die Ermittlung der Kosten nicht nachvollziehbar ist oder die Angaben zu den Lohnkosten unvollständig sind, ist der Auftragnehmer bzw. Bieter zur unverzüglichen Nachreichung einer ordnungsgemäßen Urkalkulation verpflichtet.

7.11 Rücknahme von Angeboten

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote zurückgezogen werden.

8. Sicherheitsleistung (Bürgschaft)

Als Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag hat der Auftragnehmer Sicherheit durch eine Bürgschaft nach Maßgabe von § 18 VOL/B in Höhe von 5 % der Bruttoauftragssumme gemäß den Besonderen Vertragsbedingungen zu leisten.

Die Bürgschaft ist unverzüglich, spätestens jedoch 18 Werktage nach Zuschlagserteilung, als selbstschuldnerische Vertragserfüllungsbürgschaft nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen und nach § 18 VOL/B zu stellen. Es wird zudem darauf hingewiesen, dass die Vergabestelle nach Maßgabe von § 18 VOL/B die Stellung von Konzernbürgschaften nicht zulässt.

9. Haftpflichtversicherung

Der Bieter unterhält während der Vertragslaufzeit eine Betriebshaftpflichtversicherung zur Deckung etwaiger Ansprüche aus der Beauftragung über mindestens 5 Mio. € für Personen- und Sachschäden sowie mindestens 1 Mio. € für Vermögensschäden. Die genannten Mindestversicherungssummen müssen zumindest für zwei Schadensfälle pro Jahr (also zweifach maximiert) zur Verfügung stehen und nachgewiesen werden. Die Betriebshaftpflichtversicherung hat beim Einsatz von Unterauftragnehmern auch Ansprüche aus Auswahlverschulden zu decken.

Außerdem unterhält der Bieter während der Vertragslaufzeit eine Umwelthaftpflichtversicherung in gesetzlich vorgeschriebener Höhe. Statt einer Umwelthaftpflichtversicherung kann auch eine nach § 19 Abs. 2 UmweltHG zulässige Deckungsvorsorge nachgewiesen werden.

Der Abschluss der Betriebshaftpflichtversicherung sowie der Umwelthaftpflichtversicherung ist zum Leistungsbeginn durch den AN unaufgefordert nachzuweisen.

10. Bindefrist

Der Bieter ist bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden. Die Bindefrist endet am:

28.02.2026

11. Zuschlagskriterien und Angebotswertung

11.1 Ausschluss von Angeboten von der Wertung

Von der Wertung ausgeschlossen werden Angebote i. S. v. § 57 Abs. 1 VgV.

11.2 Wertungskriterien: Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes

Nach § 58 Abs. 1 VgV wird der Zuschlag nach Maßgabe des § 127 GWB auf das wirtschaftlichste Angebot gemäß der detaillierten Beschreibung der Vorgehensweise in Teil E der Vergabeunterlagen erteilt.

Das wirtschaftlichste Angebot ist in

- Los 1 das Angebot mit den niedrigsten prognostizierten Bruttogesamtkosten,
- Los 2 das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl, zusammengesetzt aus der jeweiligen Punktzahl für die Wertungskriterien Bruttogesamtkosten (70 %) und Umweltrelevanz (30 %),
- bei Los 3 und Los 4 das Angebot mit den niedrigsten prognostizierten Gesamtentgeltes bei den Losen 3 und 4 und
- bei Los 5 das Angebot mit den höchsten prognostizierten Gesamterlösen bei Los 5

12. Kosten

Für die Bearbeitung des Angebotes werden keine Kosten erstattet.

13. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen führen zum Ausschluss des Angebotes.

Werden diese erst nach Zuschlagserteilung bekannt, berechtigen sie den Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages und begründen nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen (siehe Teil F der Vergabeunterlagen) Ansprüche auf Schadensersatz.

14. Datenschutz

Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können und nicht berücksichtigten Bietern der Name des erfolgreichen Bieters mitgeteilt wird.

15. Nachprüfungsstelle

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen kann sich der Bewerber oder Bieter an die

Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
1. und 2. Vergabekammer
Ernst - Kamieth - Straße 2
06112 Halle (Saale)
Telefon: 0049-345 514-1529 u. -1536
Telefax: 0049-345 514-1115
E-Mail: vergabekammer@lvwa.sachsen-anhalt.de

wenden.

16. Hinweis zur Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen

15 Kalendertage nach Absendung der Vorabinformation nach § 134 GWB an unterlegene Bewerber ist der Vertragsschluss möglich (§ 134 Abs. 2 GWB). Wird die Vorabinformation per Fax oder auf elektronischem Wege versendet, verkürzt sich diese Frist auf 10 Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber. § 160 GWB findet Anwendung. Die Vorschrift lautet auszugsweise:

„(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

[...]

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und

- gegenüber dem AG nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem AG gerügt werden,
 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem AG gerügt werden,
 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des AG, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.“

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass der Bieter wegen des Akteneinsichtsrechts aller Beteiligten eines Nachprüfungsverfahrens nach § 165 Abs. 1 GWB damit rechnen muss, dass sein Angebot von den Beteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Daher liegt es in seinem Interesse, schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe nach § 165 Abs. 2 GWB für eine Versagung der Akteneinsicht hinzuweisen und betroffene Angebotsteile kenntlich zu machen (Geheimnisse, insbesondere Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse). Zur Durchsetzung seiner Rechte muss sich der Bieter an die Vergabekammer wenden.

Anlage 1

Hinweis gemäß § 11 Abs. 3 VgV, § 11a Abs. 3 EU VOB/A, § 7 Abs. 4 UVgO und § 11 Abs. 3 VOB/A

(Quelle:

https://www.evergabe.de/wp-content/uploads/2021/04/2103_Anforderungen_evergabe.de_.pdf

bzw.

https://www.evergabe.de/wp-content/uploads/2021/04/2103_Anforderungen_AI-BC.pdf)

Anforderungen an den Einsatz elektronischer Mittel im Vergabeverfahren – bei Verfahren ohne Nutzung der Software AI Bietercockpit

1. Die in einem Vergabeverfahren verwendeten elektronischen Mittel

Das in einem Vergabeverfahren grundsätzlich zum Einsatz kommende elektronische Mittel ist die Anwendung evergabe.de (erreichbar unter der URL: <https://www.evergabe.de>). Darüber hinaus können weitere Anwendungen zum Einsatz kommen (in erster Linie Textverarbeitungsprogramme, Tabellenkalkulationsprogramme, PDF-Reader, Programme zum Verarbeiten von GAEB-Dateien), die im Einzelfall durch den Auftraggeber benannt werden. Die Anwendung evergabe.de wird zentral über das Internet zur Verfügung gestellt und dient der Erstellung sowie der verschlüsselten Abgabe von Angeboten, Teilnahmeanträgen und Interessenbestätigungen.

Sofern der jeweilige Auftraggeber die Einreichung einer elektronischen Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (gemäß der Durchführungsverordnung [EU] 2016/7 der Kommission vom 5. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung) verlangt bzw. ermöglicht, kommt hierfür zusätzlich das über https://www.evergabe-online.info/e-Vergabe/DE/5%20Service/EEE/node_EEE.html [link von der Vergabestelle aktualisiert] bereitgestellte Formular zum Einsatz. Dieses wird nicht von evergabe.de bereitgestellt.

2. Die technischen Parameter zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen mithilfe elektronischer Mittel

Die technischen Parameter zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen mithilfe elektronischer Mittel werden durch die Anwendung evergabe.de bestimmt. Zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen mithilfe elektronischer Mittel wird ein kostenfreies eVergabe.de-Konto benötigt. Der Zugriff auf die Anwendung evergabe.de erfolgt mittels Webbrowser. Dabei werden sämtliche gängigen Browsertypen unterstützt, sofern diese in ihrer jeweiligen Software-Version vom jeweiligen Hersteller ebenfalls unterstützt werden. Es werden ausschließlich HTML-konforme Standardtechnologien verwendet. Weitere Systemvoraussetzungen sind nicht erforderlich. Zu beachten ist jedoch, dass beim Upload der elektronischen Teilnahmeanträge, Angebote und Interessensbestätigungen das Dateivolumen einer einzelnen Datei 256 MB nicht übersteigen darf.

3. Verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren

Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren sind Bestandteil der Anwendung evergabe.de selbst. Neben der sicheren Verschlüsselung des Transportwegs mittels TLS gewährleistet die Anwendung zusätzlich eine verschlüsselte Speicherung der elektronischen Teilnahmeanträge, Angebote und Interessensbestätigungen bis zur Öffnung. Der Zeitpunkt der Abgabe von elektronischen Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen wird dabei mittels einer Angebotsquittung rechtskonform dokumentiert. Die Angebotsquittung steht dem Teilnehmer jeweils zum Download im PDF-Format zur Verfügung.

Anforderungen an den Einsatz elektronischer Mittel im Vergabeverfahren – bei Verfahren mit Nutzung der Software AI Bietercockpit

1. Die in einem Vergabeverfahren verwendeten elektronischen Mittel

Das in einem Vergabeverfahren grundsätzlich zum Einsatz kommende elektronische Mittel ist die Software AI Bietercockpit, eine kostenlose Anwendung der Administration Intelligence AG. Dieses Bieterwerkzeug kann über die Vergabepattform evergabe.de (<https://www.evergabe.de>) heruntergeladen und installiert werden. Darüber hinaus können weitere Anwendungen zum Einsatz kommen (in erster Linie Textverarbeitungsprogramme, Tabellenkalkulationsprogramme, PDF-Reader, Programme zum Verarbeiten von GAEB-Dateien), die im Einzelfall durch den Auftraggeber benannt werden. Durch die Anwendung AI Bietercockpit wird eine lokale Verschlüsselung der Angebote sichergestellt. Zudem können elektronische Teilnahmeanträge, Angebote und Interessensbestätigungen elektronisch signiert werden. Sofern der jeweilige Auftraggeber die Einreichung einer Einheitlichen Elektronischen Eigenerklärung (gemäß der Durchführungsverordnung [EU] 2016/7 der Kommission vom 5. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung) verlangt bzw. ermöglicht, kommt hierfür zusätzlich das über https://www.evergabe-online.info/e-Vergabe/DE/5%20Service/EEE/node_EEE.html [link von der Vergabestelle aktualisiert] bereitgestellte Formular zum Einsatz. Dieses wird nicht von evergabe.de oder der Administration Intelligence AG bereitgestellt.

2. Die technischen Parameter zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen mithilfe elektronischer Mittel

Zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen mithilfe elektronischer Mittel werden ein kostenfreies evergabe.de-Konto sowie die Software AI Bietercockpit benötigt. Beim AI Bietercockpit handelt es sich um eine Einzelplatzlösung zur Bearbeitung von Vergabeunterlagen und zur Abgabe von digitalen Angeboten, welches auch die Möglichkeit zur Verschlüsselung des Angebots bietet. Zugangsdaten für das AI Bietercockpit erhalten Teilnehmer an Vergabeverfahren, wenn sie ein evergabe.de-Konto erstellt haben und eine Vergabeunterlage herunterladen, die sie ausschließlich mit der Software AI Bietercockpit bearbeiten können. Gegebenenfalls wird eine elektronische Signatur benötigt, sofern dies vom Auftraggeber in der Ausschreibung verlangt wird. Für die Nutzung der Anwendung „AI Bietercockpit“ ist die vorherige Installation des ebenfalls kostenfreien

„AI Weblauncher“ erforderlich. Dieser ist grundsätzlich für den Start von Client-Anwendungen der Administration Intelligence AG notwendig. Der AI Weblauncher kann unter allen aktuellen Desktop-Versionen von Windows und MacOS installiert werden und steht zum kostenfreien Download auf www.evergabe.de bereit.

3. Verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren

Die elektronischen Teilnahmeanträge, Angebote und Interessensbestätigungen werden mit Hilfe des AI Bietercockpit auf dem Rechner des Bieters lokal zusammengestellt, automatisch mit entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den Informationen zur verwendeten Signatur versehen und zu einem zertifizierten Angebotsserver übertragen. Hier wird eine verschlüsselte und zeitschlossgesteuerte Aufbewahrung der eingereichten Angebote und Teilnahmeanträge, die nicht vor Ablauf der jeweiligen Frist vom Auftraggeber oder Dritten eingesehen werden können, sichergestellt.

Mit Ablauf der entsprechenden Frist werden die elektronischen Teilnahmeanträge, Angebote und Interessensbestätigungen vom Angebotsserver abgeholt und mit den korrespondierenden Schlüsseln des Auftraggebers zusammengebracht, so dass die elektronischen Teilnahmeanträge, Angebote und Interessensbestätigungen entschlüsselt und zur weiteren Auswertung bereitgestellt werden können.

Für die elektronische Angebotsabgabe sind technisch unterschiedliche Signaturniveaus möglich. Die zugelassene Form der Angebotsabgabe bzw. das jeweils erforderliche Signaturniveau (qualifizierte elektronische Signatur, fortgeschrittene elektronische Signatur, Textform nach § 126b BGB) ist der jeweiligen Bekanntmachung bzw. den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Anlage 2

Datenschutzhinweise nach den Art. 12 – 14 DSGVO

1. Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie über die Datenverarbeitung in unserem Vergabeverfahren zur Erbringung von abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen für den Landkreis Wittenberg.

Verantwortliche/r im Sinne des Datenschutzrechts ist:

Landkreis Wittenberg
Der Landrat
Breitscheidstraße 3
06886 Lutherstadt Wittenberg

E-Mail: presse@landkreis-wittenberg.de

vertreten durch den Landrat Christian Tylsch

Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten:

Janine Volkmann
Tel.: 03491 806-1211
E-Mail: datenschutzbeauftragte@landkreis-wittenberg.de

Für die Beteiligung als Bewerber an diesem Vergabeverfahren sowie die spätere Durchführung der daraus resultierenden Verträge durch den Auftraggeber werden personenbezogene Daten benötigt. Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist Voraussetzung für die Teilnahme am Vergabeverfahren und die daraus ggf. resultierende Begründung eines Vertragsverhältnisses. Unvollständige Angaben können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Sofern wir bei Ihnen personenbezogene Daten betroffener Dritter (Referenzauftraggeber, Mitarbeiter, Unterauftragnehmer) erheben, obliegen Ihnen die datenschutzrechtlichen Informationspflichten gegenüber diesen Dritten. Es ist Pflicht der Bewerber, vor Abgabe des Angebots sicherzustellen, dass Dritte mit der Übermittlung ihrer personenbezogenen Daten an uns und der Verarbeitung der personenbezogenen Daten durch uns einverstanden sind. Wir bitten Sie darauf zu achten, ausschließlich nur solche personenbezogenen Daten an uns zu übermitteln, die auch von uns abgefragt werden.

2. Personenbezogene Daten können in allen Teilen der Unterlagen des Angebots oder anderen im Laufe des Vergabeverfahrens an uns übermittelte Informationen enthalten sein. Wir werden dabei geplant die folgenden personenbezogenen Daten verarbeiten:
 - Postanschrift/en, Telefonnummer/n, Telefaxnummer/n, E-Mail-Adresse/n des Ansprechpartners des Bewerbers
 - ggf. Name und Telefonnummer des Ansprechpartners beim Referenzgeber
 - ggf. personenbezogene Angaben im Rahmen der Abfrage von Angaben zur technischen Leitung

- Postanschrift/en, Telefonnummer/n, Telefaxnummer/n, E-Mail-Adresse/n des Ansprechpartners bei Unterauftragnehmern
3. Die Daten werden erhoben, um Vergabeverfahren nach den Vorgaben der einschlägigen Vergabebestimmungen effizient und rechtssicher abwickeln zu können. Dies erfolgt nur, soweit die Daten für das Vergabeverfahren notwendig sind. Die erhobenen Daten werden unter anderem für die Kommunikation zwischen den Bewerbern und dem Auftraggeber, die Durchführung der Angebotswertung, insbesondere die Überprüfung der Bewerbereignung, sowie ggfs. die spätere Vertragsabwicklung verwendet. Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich nur zum Zwecke der Durchführung von Vergabeverfahren und im Falle der Auftragserteilung für die Vertragsdurchführung erhoben und verarbeitet.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten also insbesondere zu Zwecken der

- Durchführung des gemäß § 97 Abs. 1 GWB erforderlichen Vergabeverfahrens zur Sicherstellung der gesetzlichen Aufgabe der Abfallentsorgung nach § 20 KrWG, u.a.
 - dabei zur Korrespondenz mit dem Bewerber,
 - zur Prüfung der Eignung des Bewerbers gemäß §§ 122 ff. GWB und hier der technischen Leistungsfähigkeit (z. B. § 46 VgV).
4. Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung im Vergabeverfahren sind
- Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe b), c) bzw. e) DSGVO i.V.m. u.a. GWB/VgV
5. Es erfolgt eine Übermittlung von personenbezogenen Daten nur, sofern Sie zugestimmt haben bzw., wenn wir gesetzlich berechtigt sind. Zur Durchführung des Verfahrens werden personenbezogene Daten an die folgenden zur Verschwiegenheit verpflichteten Berater des Auftraggebers übermittelt werden, die zur Begleitung des Vergabeverfahrens herangezogen worden sind (z. B.: Rechtsanwälte, Ingenieurbüros):
- GAVIA Gesellschaft für Beratung, Entwicklung und Management mbH & Co. KG, Ansbacher Str. 52, 10777 Berlin
 - WMRC Rechtsanwälte, Chausseestr. 5, 10115 Berlin

Im Falle eines Nachprüfungsantrags werden personenbezogene Daten ferner an die Vergabekammer und ggf. das Oberlandesgericht als Beschwerdegericht übermittelt.

6. Die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten unterliegen bestimmten Löschfristen, die sich aus den gesetzlichen Bestimmungen ergeben, wonach Daten nur so lange aufbewahrt werden dürfen, wie dies für die Erfüllung unserer gesetzlichen Verpflichtungen unserer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen unter Beachtung von

Aufbewahrungsfristen in Rechts- und Verwaltungsvorschriften erforderlich ist. Die personenbezogenen Daten der betroffenen Personen werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Die personenbezogenen Daten werden u.a. für die folgende Dauer gespeichert:

- beim Auftraggeber gemäß § 8 Abs. 4 Satz 1 VgV über die Laufzeit des Vertrags/der Rahmenvereinbarung, mindestens jedoch drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags
 - bei den Beratern:
 - o Rechtsanwälte: über die Laufzeit des Vertrags/der Rahmenvereinbarung, mindestens jedoch 10 Jahre
 - o Ingenieure: bis sechs Monate nach Ablauf der Laufzeit des Vertrags
7. Sie haben nach der DSGVO folgende Rechte als „betroffene Person“, deren Daten wir verarbeiten, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen:
- Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO
 - Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO
 - Recht auf Löschung („Vergessenwerden“) nach Art. 17 DSGVO
 - Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
 - ggfs. Recht auf Übertragung Ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format nach Art. 20 DSGVO
 - Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Art. 21 DSGVO

Wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Datenschutz-Grundverordnung verstößt, haben Sie das Recht zur Beschwerde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz (in der Regel Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit). Die Beschwerde kann insbesondere bei der Aufsichtsbehörde eingelegt werden, die am Ort Ihres gewöhnlichen Aufenthalts, Ihres Arbeitsplatzes oder des mutmaßlichen Verstoßes zuständig ist.

Hier finden Sie eine Liste der Aufsichtsbehörden:

https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Anschriften/Links/anschriften_links-node.html

Mit Angebotsabgabe bestätigen Sie die Kenntnisnahme und Beachtung dieser Hinweise.